



Nazis, Brexit und kein deutscher Pass für Sylvia Finzi

Wer sich vor der NS-Herrschaft retten konnte, verlor die deutsche Staatsbürgerschaft. Manchen Nachkommen verweigert die Bundesrepublik bis heute, wieder Deutsche zu werden. Dagegen regt sich nun Widerstand **4, 5**

Ein Foto aus der Kindheit: Sylvia Finzi mit ihrer Mutter Elfriede (im Bildhintergrund) in London Anfang der 1950er Jahre Foto: privat

China first

Beim Klimaschutz rennen wir hinterher, sagt der Grüne Jürgen Trittin im taz-Interview. Chinas Gier sollte Europa nutzen

3

Privatsphäre first

Mobbing, Doxing, Swatting – die Gefahren im Netz sind alltäglich geworden. Warum werden sie immer noch so unterschätzt?

13

Kommentar von **Pascal Becker** über verweigerte Einbürgerungen für Nachkommen von NS-Verfolgten

Eine Absurdität bundesdeutschen Rechts

Es klingt zu absurd, um wirklich wahr sein zu können: Da verliert das Kind einer vor den Nazis nach Großbritannien geflüchteten deutschen Jüdin den grundgesetzlich verbrieften Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, weil zum Zeitpunkt seiner Geburt noch ein grundgesetzwidriges Gesetz galt, das die Mutter diskriminierte – und zwar nicht als jüdin, sondern „nur“ als Frau. So etwas kann man sich nicht ausdenken. Dieser Aberwitz ist tatsächlich bis heute bundesdeutsche Realität. Auf dieser Grundlage werden ernsthaft Einbürgerungsanträge abgelehnt. Es ist überfällig, dass damit Schluss gemacht wird.

Was ist das für ein grandioser Vertrauensbeweis, wenn die Nachkommen derjenigen, die sich vor dem nationalsozialistischen Vernichtungsfuror retten konnten, den deutschen Pass beantragen! Die Bundesrepublik sollte dankbar sein für jeden Einzelnen, der sich für diesen Schritt entscheidet. Da muss es doch völlig egal sein, wen

und wann die Mutter oder Großmutter nach ihrer Flucht geheiratet hat.

Vergessen wir nie: Auch wenn sie dem deutschen Zivilisationsbruch nicht zum Opfer fielen, entkommen konnte keine jüdische Familie. Denn da waren immer noch der Vater, die Mutter, die Großmutter, der Großvater, die Schwester, der Bruder, der Onkel, die Tante, die Cousine oder der Cousin, die im Gas endeten. Aus verständlichen Gründen wollten viele jener jüdischen Deutschen, die sich im Gegensatz zu ihren Angehörigen ins Ausland retten konnten, nie wieder etwas mit dem Land der Täter zu tun haben. Und nun beantragen die Tochter, der Sohn, der Enkel oder die Enkelin die deutsche Staatsbürgerschaft, die ihren Vorfahren von den Nazis entzogen wurde. Wie kann man ein solches Begehren ablehnen, ohne vor Scham im Boden zu versinken?

Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein: Abkömmlinge deutscher Staatsangehöriger, denen zwischen 1933 und 1945 die Staatsangehörig-

keit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, sind auf Antrag wieder einzubürgern, auch wenn sie nach dem zum Zeitpunkt ihrer Geburt geltenden Recht die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Abstammung erworben hätten. Wortwörtlich genau das haben die Grünen in der vergangenen Legislaturperiode vorgeschlagen. Doch ihr Gesetzentwurf zur Reformierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts kam nie zur Abstimmung. Desto dringender wäre es, ihn jetzt endlich zu beschließen.

Hier geht es um die Wahrnehmung historischer Verantwortung. Da sollten alle im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien gemeinsam darum bemüht sein, den bestehenden Missstand schnellstmöglich zu beseitigen. Das ist eine moralische Verpflichtung. Zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes gehört die gegenwärtige blamable Rechtslage schnellstmöglich geändert. Ohne Wenn und Aber.

Die taz wird ermöglicht durch **18.613** GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902-130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/tazkommune
www.taz.de

#Drohbriefe
von Sebastian Schwamm

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Erinnern Sie sich eigentlich noch an diese sympathische Protestpartei, der vor ein paar Jahren vorausgesagt wurde, sie könne das deutsche Parteiensystem erschüttern? Nein? *verboten* hilft gerne auf die Sprünge: P wie ... richtig ... Pi-ra-ten! Jetzt fordern ein paar versprengte Piraten, autonomes Fahren im saarländischen Saarlouis zu fördern und den Automobilstandort zu sichern. Jede Wette, bald tragen Piraten

orange Warnwesten!

Russinnen first
Deutsche Biathletinnen landen im heimischen Oberhof auf Platz zwei **19**



Foto: Martin Schindler